

Wertfreie Diskussion gefordert

Pagel und Welsing fordern Optimierung des Flächennutzungsplans

■ Borchener. Borchener sollte sein Windkraftpotenzial vernünftig und ohne Vorbehalte prüfen. Das fordern die beiden Ratsmitglieder Claudia Pagel (FWB) und Marcel Welsing (FDP) in einer gemeinsamen Erklärung. „Unsere Gemeinde verfügt über einige der besten Windgebiete Deutschlands und sollte daher auch eine besondere Verantwortung bei der Energiewende tragen“ sind sich die beiden einig.

Aktuell produziere Borchener 80 Prozent mehr Energie aus Erneuerbaren, als es selbst verbraucht. Dies über Gebühr zu loben, sei aber eine Feigenblattmentalität. Denn Borchener verfüge, wenn überhaupt, nur über wenige energieintensive Unternehmen und weise damit kreisweit einen unterdurchschnittlichen Energieverbrauch auf.

Bedenke man, dass eine moderne Windkraftanlage bis zu 1.000 und mehr Haushalte mit Strom versorgen könne, ent-

spreche die Mehrproduktion aus den kleinen Borchener Anlagen also nur der Leistung weniger moderner Windräder.

Energieerzeugung – ob aus Windanlagen, Kernkraft oder Kohle – sei mit Beeinträchtigungen verbunden, die immer eine Region stellvertretend für andere Gebiete tragen müsse.

„Ein Ausbau der Windkraft muss vor allem für die kommenden Generationen und eine unabhängige Energieversorgung erfolgen. In Borchener findet dennoch keine ergebnisoffene und ideologiefreie Diskussion statt“ kritisieren Pagel und Welsing.

Allerdings müsse der Ausbau im Einklang mit der Bevölkerung erfolgen, wobei dem Lärmschutz eine hohe Bedeutung zukomme. Flächen müs-

sen behutsam ausgewählt und ausreichender Abstände zur Wohnbebauung eingehalten werden.

Die Gemeinde müsse daher den Flächennutzungsplan weiterentwickeln und den neuen rechtlichen und tatsächlichen Anforderungen anpassen. Ansonsten könne dies zu Gerichts-

verfahren führen, an deren Ende Borchener seine künftige Entwicklung per Urteil diktiert bekomme.

Noch sei man in der Lage, mit möglichen Investoren direkt zu verhandeln und einen Ausbau selbst und unter Bürgerbeteiligung zu gestalten. Bei einer Überarbeitung müsse auch die 100-Meter-Höhenbegrenzung entfallen, die längst nicht mehr dem Stand der Technik entspreche.

Dazu käme, dass neuere Windanlagen bei gleicher oder sogar geringerer Beeinträchtigung der Anwohner mehr Energie produzieren könnten. Spätestens 2017 werde ein Festhalten an der Höhenbegrenzung aufgrund dann geltender neuer Förderbedingungen wohl ohnehin als rechtswidrige Verhandlungspolitik ausgelegt, da solche Anlagen unrentabel würden.

Die Gemeinde profitiere außerdem von bemerkenswerten Gewerbesteuererträgen, Investitionen in Renaturierungs- und Ausgleichsmaßnahmen sowie neuen Arbeitsplätzen und die Landwirtschaft würde gestärkt.

Über Bürgerwindpark-Modelle könnte zudem jeder Borchener am Gewinn teilhaben. „Außerdem wird mittlerweile vor Ort produzierter Strom zu einem Preis angeboten, der deutlich unter dem der Stromkonzerne liegt“, zeigen Pagel und Welsing auf.

100-Meter-Höhenbegrenzung sollte entfallen
